

Europäische Hochschulschriften



Rechtswissenschaft

Christian Lindner

# Eigenverwaltung und Restschuldbefreiung

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	17
A. Einführung .....	19
I. Problemstellung .....	19
II. Praktische Relevanz der Eigenverwaltung und Restschuldbefreiung im insolvenzrechtlichen Alltag und aktuelle Reformüberlegungen ..	23
1. Eigenverwaltung .....	23
2. Restschuldbefreiung .....	26
III. Ziel der Untersuchung .....	28
IV. Gang der Bearbeitung .....	29
B. Die Eigenverwaltung im Insolvenzverfahren .....	33
I. Das Eigenverwaltungsverfahren .....	33
1. Einleitung .....	33
2. Anwendungsbereich .....	35
a) Persönlicher Anwendungsbereich .....	35
aa) Keine Beschränkung auf juristische Personen .....	35
bb) Anwendbarkeit der Eigenverwaltung bei der Insolvenz von Selbständigen in Hinblick auf eine angestrebte Restschuldbefreiung .....	36
b) Sachlicher Anwendungsbereich .....	37
aa) Insolvenzplan in Verbindung mit Eigenverwaltung .....	37
bb) Besondere Arten des Insolvenzverfahrens gem. §§ 315 ff. InsO .....	39
c) Ausschluss der Eigenverwaltung .....	40
aa) Verbraucherinsolvenzverfahren .....	40
bb) Kein Ausschluss von Liquidationsverfahren .....	42
(1) Liquidation im engen Sinne .....	42
(2) Übertragende Sanierung als Liquidation im weiten Sinne .....	44
3. Die Regelungen der §§ 270 ff. InsO .....	45
a) Grundprinzipien des Eigenverwaltungsverfahrens .....	45
b) Die Anordnung der Eigenverwaltung nach §§ 270 und 271 InsO .....	46

aa)	Voraussetzungen der Anordnung .....	46
	(1) Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung .....	47
	(2) Geeignetheit des Schuldners .....	49
	(3) Voraussetzungen des § 270 Abs. 2 Nr. 2 InsO .....	51
	(4) Beantragte Restschuldbefreiung als Nachteil i.S.d. § 270 Abs. 2 Nr. 2 InsO .....	52
	i. Gesetzliches Recht des Schuldners als Nachteil i.S.d. § 270 Abs. 2 Nr. 2 InsO .....	53
	ii. Antragsstellung als Nachteil für die Gläubiger ....	54
bb)	Vorläufige Maßnahmen des Insolvenzgerichts bei beantragter Eigenverwaltung .....	56
cc)	Das Schutzschirmverfahren nach § 270 b InsO .....	59
dd)	Auswahl und Bestellung eines geeigneten Sachwalters ...	60
ee)	Folgen der Anordnung .....	62
	(1) Allgemeine Befugnisse und Pflichten des Schuldners .....	62
	(2) Allgemeine Befugnisse und Pflichten des Sachwalters .....	64
	(3) Aufsicht des Insolvenzgerichts und Maßnahmen bei Pflichtverletzungen .....	66
	(4) Das Recht des Schuldners zur Entnahme von Mitteln gem. § 278 InsO .....	68
c)	Die Aufhebung der Eigenverwaltung .....	72
aa)	Aufhebung auf Antrag eines am Insolvenzverfahren Beteiligten .....	73
	(1) Antrag der Gläubigerversammlung gem. § 272 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	73
	(2) Antrag eines Gläubigers gem. § 272 Abs. 1 Nr. 2 InsO .....	74
	(3) Antrag des Schuldners gem. § 272 Abs. 1 Nr. 3 InsO ...	75
bb)	Aufhebung nach widerrufenen Berufszulassung .....	76
	(1) Ausschluss gem. § 12 GewO .....	77
	(2) Analoge Anwendung von § 12 GewO auf Nichtgewerbtreibende .....	79
	(3) Vermutung des Vermögensverfalls auch bei angeordneter Eigenverwaltung .....	81
II.	Vorteile und Risiken der Eigenverwaltung im Insolvenzverfahren ...	83
	1. Vorteile der Eigenverwaltung gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren .....	85
	2. Eventuelle Risiken der Eigenverwaltung .....	88

3. Abschließende Einordnung .....	90
III. Das Verhältnis von § 35 Abs. 2 InsO zu den Vorschriften der Eigenverwaltung .....	91
1. Die Vorschrift des § 35 Abs. 2 innerhalb der Insolvenzordnung ..	91
2. Anwendbarkeit des § 35 Abs. 2 InsO im Rahmen der Eigenverwaltung .....	95
a) Rechtliche Stellung des Schuldners bei der Eigenverwaltung ...	96
b) Abgabe der Erklärung durch den Sachwalter .....	98
c) Das Spannungsfeld zwischen § 278 und § 295 Abs. 2 InsO ....	101
d) Verhältnis der Negativerklärung zur Aufhebung der Eigenverwaltung gem. § 272 Abs. 1 InsO .....	103
3. Umfang der Freigabe im Rahmen der Eigenverwaltung .....	105
a) Freigabe der selbständigen Tätigkeit .....	105
b) Freigabe der Betriebsmittel .....	108
IV. Die Eigenverwaltung als Ausgangspunkt für das Restschuldbefreiungsverfahren .....	112
1. Gläubigerforderungen nach Abschluss des eigenverwalteten Insolvenzverfahrens .....	112
2. Möglichkeit der Restschuldbefreiung nach durchlaufener Eigenverwaltung .....	113
C. Restschuldbefreiung im Zusammenhang mit einem in Eigenverwaltung durchgeführten Insolvenzverfahren .....	115
I. Das Restschuldbefreiungsverfahren innerhalb der Insolvenzordnung .....	115
1. Allgemeines .....	115
2. Zweigeteiltes Verfahren .....	117
a) Vor- oder Zulassungsverfahren .....	117
b) Wohlverhaltensperiode oder Treuhandphase .....	117
3. Im Insolvenzverfahren begründete Verbindlichkeiten .....	118
a) Faktische Entrechtung der Neugläubiger während des Restschuldbefreiungsverfahrens .....	118
b) Masseverbindlichkeiten im Restschuldbefreiungsverfahren ...	120
II. Voraussetzungen für die Ankündigung der RSB nach einem eigenverwalteten Insolvenzverfahren .....	122
1. Erfasster Personenkreis .....	122
2. Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung .....	123
a) Gerichtliche Hinweispflicht .....	123
b) Erklärung der Abtretung aller pfändbaren Bezüge .....	124
aa) Beginn und Umfang der Abtretung .....	124

bb) Die Abtretungserklärung im eigenverwalteten Insolvenzverfahren .....	128
(1) Keine materielle Wirkung der Abtretungserklärung im eröffneten Verfahren .....	129
(2) Berücksichtigung der Zeit des Insolvenzverfahrens für die Abtretungsfrist .....	130
3. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts gem. §§ 289, 290, 291 InsO .....	131
a) Versagung der Restschuldbefreiung unter besonderer Berücksichtigung der Eigenverwaltung .....	132
aa) Versagungsgründe nach § 290 Abs. 1 InsO .....	132
(1) Verurteilung wegen einer Insolvenzstrafat, § 290 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	133
(2) Falsche Angaben zur wirtschaftlichen Lage zwecks Kredit- bzw. Leistungerschleichung oder Vermeidung öffentlicher Abgaben, § 290 Abs. 1 Nr. 2 InsO .....	134
(3) Frühere Erteilung oder Versagung der RSB, § 290 Abs. 1 Nr. 3 InsO .....	135
(4) Gläubigerbeeinträchtigung durch Vermögensschädigungen, § 290 Abs. 1 Nr. 4 InsO ....	137
i. Unangemessene Verbindlichkeiten .....	137
ii. Vermögensverschwendung und Verzögerung der Verfahrenseröffnung .....	138
(5) Verletzung von Auskunfts- oder Mitwirkungspflichten, § 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO .....	138
(6) Falsche Angaben in Vermögens-, Gläubiger, und Forderungsverzeichnissen, § 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO ..	140
bb) Besonderheiten im eigenverwalteten Insolvenzverfahren ...	141
b) Ankündigung der Restschuldbefreiung .....	144
III. Anwendbarkeit der §§ 270 ff. InsO im Restschuldbefreiungsverfahren .....	145
1. Anwendungsbereich der §§ 270 ff. InsO .....	146
2. Das Restschuldbefreiungsverfahren als Insolvenzverfahren .....	148
a) Rechtsnatur des Restschuldbefreiungsverfahrens .....	148
b) Vergleichbarkeit des RSB-Verfahrens mit dem eigenverwalteten Insolvenzverfahren .....	150
3. Fehlende Insolvenzmasse i.S.d. § 270 Abs. 1 InsO während der Wohlverhaltensperiode .....	151
4. Problematik der Aufhebung der Eigenverwaltung .....	153

5. Der Sachwalter anstelle des Treuhänders in einem eigenverwalteten Restschuldbefreiungsverfahren .....	154
a) Gesetzeswortlaut und Systematik .....	154
b) Vergleichbare Funktionen des Sachwalters und Treuhänders ...	155
c) Kosten für die Insolvenzgläubiger .....	157
6. Modifizierung der Gläubigerbefugnisse nach dem Vorbild der Eigenverwaltung im Verlauf der Wohlverhaltensperiode .....	160
a) Divergierende Interventionsmöglichkeiten der Gläubiger zwischen Eigenverwaltungs- und Restschuldbefreiungsverfahren .....	160
b) Stärkung der Gläubigerautonomie nach der Eigenverwaltung ...	162
7. Modifizierung der Rechte des Schuldners nach dem Eigenverwaltungsverfahren im Verlauf der Wohlverhaltensperiode .....	164
IV. Die Wohlverhaltensperiode nach dem eigenverwalteten Insolvenzverfahren .....	165
1. Beginn der Wohlverhaltensperiode im Zusammenhang mit einem eigenverwalteten Insolvenzverfahren .....	165
2. Entsprechende Anwendbarkeit des § 295 InsO im eigenverwalteten Insolvenzverfahren .....	167
a) Vergleichbare Anforderungen an den Schuldner während der Eigenverwaltung .....	167
b) Unterschiedliche Haftungsanforderungen an den Schuldner ..	167
c) Möglichkeit zur Besserstellung einzelner Gläubiger während der Eigenverwaltung .....	169
3. Bestellung eines Treuhänders .....	170
a) Beginn und Beendigung des Treuhänderamtes .....	170
b) Aufgaben des Treuhänders in der Wohlverhaltensperiode .....	171
aa) Gesetzlich normierte Aufgaben .....	171
bb) Durch die Gläubigerversammlung übertragene Aufgaben .....	174
cc) Aufsicht des Insolvenzgerichts .....	176
c) Anforderungen an die Person des Treuhänders .....	177
aa) Allgemeine persönliche Voraussetzungen .....	177
bb) Der Sachwalter des eigenverwalteten Insolvenzverfahrens als Treuhänder in der Wohlverhaltensperiode .....	180
4. Obliegenheiten des Schuldners während der Wohlverhaltensperiode nach Durchführung eines eigenverwalteten Insolvenzverfahrens .....	182

a)	Erwerbsobliegenheiten des Schuldners .....	183
aa)	Erwerbstätigkeit gem. § 295 Abs. 1 Nr. 1 InsO .....	183
bb)	Angemessenheit der Tätigkeit .....	185
c)	Selbständige Tätigkeit gem. § 295 Abs. 2 InsO .....	187
(1)	Übertragbarkeit des Entnahmerechts aus § 278 Abs. 1 InsO in die Wohlverhaltensperiode .....	188
(2)	Grundlage zur Berechnung des Abführungsbetrags ..	190
(3)	Zeitpunkt der Abführung .....	193
dd)	Vorteile des eigenverwalteten Insolvenzverfahrens für die Gläubigerbefriedigung im Verlauf der Wohlverhaltensperiode .....	194
b)	Herausgabeobliegenheit von Erbschaften gem. § 295 Abs. 1 Nr. 2 InsO .....	196
c)	Auskunfts- und Mitwirkungsobliegenheiten gem. § 295 Abs. 1 Nr. 3 InsO .....	198
d)	Obliegenheit zur ausschließlichen Leistung an den Treuhand gem. § 295 Abs. 1 Nr. 4 InsO .....	200
5.	Analoge Anwendung von § 12 GewO in der Wohlverhaltensperiode .....	202
a)	Entsprechende Anwendung hinsichtlich des Entzugs der Gewerbezulassung .....	202
b)	Berücksichtigung des § 12 GewO bei der Neuerteilung einer Gewerbezulassung .....	205
6.	Entscheidung des Insolvenzgerichts über Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung .....	207
a)	Erteilung der Restschuldbefreiung gem. § 300 Abs. 1 InsO ....	207
b)	Versagung der Restschuldbefreiung gem. § 300 Abs. 2 InsO ...	208
aa)	Versagung wegen Obliegenheitsverletzungen während der Wohlverhaltensperiode .....	208
bb)	Geltendmachung von Versagungstatbeständen des § 290 Abs. 1 InsO bei Kenntniserlangung während der Wohlverhaltensperiode .....	211
c)	Nachträglicher Widerruf der Restschuldbefreiung gem. § 303 InsO .....	215
7.	Rechtsfolgen der erteilten Restschuldbefreiung im Anschluss an das eigenverwaltete Insolvenzverfahren .....	218
a)	Befreiung des Schuldners von offenen Verbindlichkeiten .....	218
b)	Massegegenstände des eigenverwalteten Verfahrens nach erteilter Restschuldbefreiung .....	219
c)	Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Gläubiger .....	221

V.	Erteilung der Restschuldbefreiung während des Eigenverwaltungsverfahrens .....	224
1.	Entscheidung über die RSB vor Abschluss des Insolvenzverfahrens .....	224
a)	Asymmetrische Verfahren .....	226
b)	Neuerwerb des Schuldners nach Ablauf der Abtretungsfrist ...	228
2.	Übertragbarkeit der Grundsätze auf das Eigenverwaltungsverfahren .....	229
a)	Asymmetrische Verfahren .....	231
b)	Neuerwerb des Schuldners nach Erteilung der Restschuldbefreiung .....	233
c)	Erfordernis der Liquidation für die Erteilung der Restschuldbefreiung .....	234
d)	Zusammenfassung .....	235
VI.	Restschuldbefreiung durch eigenverwaltetes Insolvenzplanverfahren .....	236
1.	Eigenverwaltung und Insolvenzplan .....	236
2.	Vorteile der Eigenverwaltung und Restschuldbefreiung gegenüber dem Insolvenzplanverfahren .....	239
a)	Flexibilität und Kosten .....	240
b)	Folgen der Nichterfüllung .....	243
D.	Zusammenfassung der Ergebnisse .....	245
	Literaturverzeichnis .....	251